

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Verlagsamt
Tagesblatt Riesa,
Ferrum Nr. 20,
Vollsch Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beständig bestellte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1580.
Zirkular:
Riesa Nr. 52.

Nr. 126.

Mittwoch, 3. Juni 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Untertrens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrifts-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Eingaben des Reichslandbundes. Bedenken gegen die Notverordnung.

1) Berlin. Das Präsidium des Reichslandbundes hat an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Nach Pressemitteilungen soll die kommende Notverordnung sich auch mit Maßnahmen befassen, die die Agrarpolitik unmittelbar betreffen. Wir wollen hier auf die bisher durch die Presse mitgeteilten sonstigen Vorschriften der kommenden Notverordnung, die wir für unerträglich halten, nicht eingehen. Wir halten es aber für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die Verdoppelung der Zuckersteuer angesichts der geschwächten Kaufkraft des deutschen Volkes zu einem Konsumrückgang führen muß, wie wir ihn bisher noch bei jeder Ueberforderung der Steuern, z. B. beim Branntweinmonopol, erlebt haben. Wir müssen in diesem Zusammenhang auch allen Maßnahmen widersprechen, die geeignet sind, den deutschen Tabakbau zugunsten der aus ausländischem Tabak hergestellten Zigarren unrentabel zu gestalten. Wenn wir einer Erhöhung des Zinsfußes zustimmen können, so müssen wir doch mit Nachdruck gegen die beabsichtigte Ausdehnung der Inländischen Treibstoff-Einkunft und die Imporzölle auf Inländische Treibstoff-Produktion und die Imporzölle von Treibstoff nun endlich gesenkt werden, in erheblichem Maße Spiritus zur Vermeidung heranzuziehen.

Mit großem Bedauern haben wir in den bisherigen Pressemitteilungen über die beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung nicht feststellen können, daß die Reichsregierung nun endlich an einen starken Schutz der Milch- und Wollereiproduktion heranzugehen gewillt ist. Infolge des ungenügenden Schutzes der Wollereiprodukte ist der Milchpreis ständig heruntergegangen. Pflicht der Reichsregierung ist es, nun endlich einen besseren Schutz der heimischen Milchwirtschaft, d. h. vor allem eine Erhöhung des Butterzollens mit den hierzu gehörigen ergänzenden Maßnahmen herbeizuführen.

Ferner hat der Reichslandbund an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Die Pressemitteilungen, daß der Herr Reichskanzler den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei unter Umständen eine Senkung der Brotgetreidezölle in Aussicht gestellt habe, haben in der ganzen deutschen Landwirtschaft zu einer schweren Verunsicherung geführt.

Die Getreideversorgung des deutschen Volkes bis zur kommenden Ernte ist völlig gesichert. Nach den Ermittlungen des Deutschen Landwirtschaftsrates ist sogar damit zu rechnen, daß wir einen Reibehand von

etwa 800 000 Tonnen in die neue Ernteperiode mit hinübernehmen. Es darf nicht wieder vorkommen, daß die Preise der kommenden Ernte durch Vorkaufnahmen und unrichtige Maßnahmen der Reichsregierung so geschädigt werden, daß wiederum nahezu eine ganze Ernte mit Verlust für den Landwirt veräußert werden muß. Alle Maßnahmen, insbesondere Zollsenkungsmaßnahmen, die sich in einem Druck auf die Erzeugnisse auswirken können, würden erneut der Hofhaltung des Herrn Reichspräsidenten vom 18. März 1930 und den wiederholten Regierungserklärungen widersprechen. Wenn die Erhöhung weiterer Teile der Landwirtschaft gegen die Reichsregierung nicht auf das äußerste getrieben werden soll, so warnen wir die Reichsregierung nachdrücklich vor allen Maßnahmen, die auf Abbau des laum in Angriff genommenen und längst nicht durchgeführten Schutzes der Landwirtschaft abzielen. Nicht Abbau der Getreidezölle, sondern Ausbau des Schutzes der Veredelungsindustrie ist das Gebot der Stunde. Die Dege der demokratischen und sozialdemokratischen Preise gegen die Getreidezölle auf Grund gewisser Brotpreissteigerungen ist ein ausgesprochen politisches Mandat. Es hat sich bis jetzt gezeigt, daß die Nachfrage nach dem vom Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft verbilligten Mehl, z. B. in Berlin, nur verhältnismäßig gering ist, da das Publikum jetzt nicht besonders nach dem hieraus hergestellten billigen Brot verlangt, ein Beweis dafür, daß dem Brotpreis seitens der Konsumenten nur ein untergeordnetes Interesse entgegengebracht wird, daß derselbe dagegen von den landwirtschaftlichen Kreisen lebhaft politisch ausgelebt wird.

Es gibt sehr wohl Mittel und Wege, um ohne den Erzeugerpreis zu senken, den Brotpreis auf einen tragbaren Höhe zu halten. Seit langem haben wir die Aufhebung des Nachtbrotzollens gefordert, die an sich schon ein solches wirksames Mittel sein würde. Wir weisen weiter darauf hin, daß im ganzen Reich zahlreiche ehemalige Militärbäckereien stillliegen, in denen leicht ein billiges und schmackhaftes Konsumbrot hergestellt werden könnte. Es würde sich sehr bald zeigen, daß auch bei einem auskömmlichen, d. h. höheren Getreidepreis, die Herstellung eines guten Konsumbrot zu einem Preise möglich ist, der unter dem jetzt vielfach von den Bäckereien geforderten liegt. Wir richten an Sie, Herr Reichskanzler, das dringende Ersuchen, alle Bestrebungen, die die Erzeugnisse des Landwirts erneut gefährden können, abzulehnen und richten das weitere Ersuchen an Sie, den Gerichten, die Ihnen bezügliche Absichten unterstellen, öffentlich entgegenzutreten.

rungsstellen entgegengehalten werden, sowie daß alle deutschen Bestände, die deutsche Anfuhr zu erhöhen und damit eine Hauptvoraussetzung des Youngplans zu erfüllen, an der Politik unserer Gläubiger scheitern. Dies zeige auch der augenblickliche Kampf um die deutsch-österreichische Zollunion.

Schließlich forderte Dr. Schacht auch noch, daß Deutschland die koloniale Frage mit aller Energie wieder aufrollen müsse, um zu einem erleichterten überseeischen Rohstoffbezug zu kommen.

Nein festes Programm.

Heute abend treten der Reichskanzler, der Außenminister und die übrigen Mitglieder der Kleinen Delegation ihre Reise nach England an, um im Sommerwohntort des englischen Premierministers die so unglücklich verlaufenen Verhandlungen zu pflegen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß inzwischen auf diplomatischem Wege über das Programm dieser Verhandlungen gesprochen worden ist, und daß man eine Basis gesucht hat. Bekanntlich war zunächst geplant, die Zusammenkunft vor die Berliner Tagung zu legen und in diesem Sinne lag die bestimmte englische Absicht, die deutsch-österreichische Zollunion für den zu bereinigenden Selbstverständlich hatten der englische Premier- und Außenminister bestimmte Intentionen gehabt, die zur Verhandlungsanregung führten. Diese lagen aber — von der Zollunion ausgehend — auf wirtschaftlichem Gebiet. Für England ist es brennend, in der Frage der Kohlenproduktion und des Kohlenabfuges eine Klärung mit dem größten europäischen Kohlenproduzenten zu suchen. Des weiteren lagen deutsch-englische Zollfragen im Vordergrund und nicht zuletzt war es das schwierige Finanzproblem, das zur Debatte gestellt werden sollte.

Gewiß wird England nicht so kurzfristig getrieben sein, anzunehmen, daß Deutschland diese Gelegenheit nicht benutzen werde, die Reparationsfrage in die Diskussion zu werfen. Aber es hat langer Verhandlungen hinter den Kulissen bedurft, ehe der englische Außenminister die Reparationsfrage offiziell auf die Tagesordnung setzen ließ. Dabei muß freilich festgestellt werden, daß eine Tagesordnung mehr gefühlsmäßig entworfen wurde. Das Gesprächsthema ist nicht begrenzt worden. Man hat nur — wie über den Punkt Reparationen — auch eine Reihe anderer Fragen in Betracht gezogen. Ob über diese „sondiereten“ Fragen verhandelt werden wird, hängt aber ganz von der ersten Problemlösung und den Folgerungen ab. Die Reparationsfrage wurde deutscherseits erst sehr spät für die Chequers-Verhandlungen aufgenommen, und es hat eines gelinden Drängens der Öffentlichkeit bedurft, die die Reparationsfrage früher mit Chequers in Zusammenhang brachte, als die Regierung.

Das ist erklärlich, wenn man den bekannten, jetzt freilich fallen gelassenen Standpunkt der Regierung bedenkt, ehe man eine Reparationsrevision denken könne, müßten die deutschen Finanzen in Ordnung sein. Auch die jetzige Notverordnung ist in der Finanzsanierung nicht das letzte Wort. Dennoch aber gebot die Entwicklung der Regierung ihren alten Standpunkt aufzugeben, was anerkannt werden muß.

Nun ist die Frage diskutiert, deutsche und ausländische Blätter haben sich daran beteiligt, was Deutschland vorschlagen und verlangen werde. Soweit wir unterrichtet sind, hat im Schoße der Berliner Regierung selbstverständlich eine Besprechung darüber stattgefunden, aber den Delegierten konnten und durften nur Richtlinien gegeben werden. Auch hier also genährt man kein Programm, sondern überläßt es der Situation.

Nach diesen Informationen besteht alle Ursache der Begegnung von Chequers mit besonderem Interesse und größter Spannung entgegen zu sehen.

Dr. Schacht über „Das Ende der Reparationen“.

Dresden. (Funkpruch.) Auf der Reichstagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände sprach heute Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht über das Reparationsproblem. Er bemerkte einleitend, daß er sich heute nicht darüber äußern wolle, warum die Reparationen nicht bezahlt werden könnten, sondern über die Frage nach den Folgerungen aus der Zahlungsmöglichkeit. Der Youngplan habe gegenüber dem Dawesplan zwei Vorteile gebracht: die Freiheit der deutschen Initiative und die Erhebung der Grundlinie wirtschaftlicher Vernunft. Dieser letztere Vorteil sei dann durch das Gauger Abkommen verfallen worden, und dies habe auch ihn bestimmt, eine weitere Mitverantwortung abzulehnen.

Dr. Schacht legt die Gründe für seine Ablehnung in drei Punkte zusammen:

1. in die Einführung einer politischen Sanktionsfrage, die ein Moment der Bedrohung in einen solchen Vertrag hineinbringe,
2. die im Gauger Protokoll erneut vorgeschommene Beschlagnahme deutschen Privateigentums,
3. die gefehlliche Bestimmung, am internationalen Zahlungsausgleich mitzuwirken, was Deutschland in die Lage eines Vertragsbrechens inwiderer Rechte zwinge.

Alle diese drei Punkte verstoßen gegen die Schlussfolgerungen des Youngplans. Diese Ablehnung vom Youngplan müsse bekämpft werden und die seit 1924 eingeschlagene wirtschaftliche Grundlinie wieder aufgenommen werden durch eine wirtschaftliche Kampfstrategie, die davon ausgehe, daß wir Tributlasten nur insoweit zahlen, als unsere Finanzen und Außenwirtschaft einen entsprechenden Ueberfluß liefern.

Dr. Schacht geht dann auf die Unausgeglichenheit unserer Verträge ein, die eine naturgemäße Folge der durch eine zwölfjährige Tributpolitik völlig zusammengebrochenen deutschen Wirtschaft sei. Sie könne nicht durch Redenkünste in Ordnung gebracht werden, sondern lediglich durch Inordnungsträgung der deutschen Wirtschaft durch künftige Durchführung der Wirtschaftspraxis des Youngplans. Die Abhängigmachung der kommenden Revisionsdebatten von der vorherigen Sanierung des Haushalts herge die Gefahr, daß man sich nicht nur auf die wirtschaftlichen Grundforderungen des Youngplans konzentrieren werde, sondern sich auch in einem Teilschen

um die künftige Höhe der Tributlasten verliere. Nicht die absolute Höhe der Tributsumme sei ausschlaggebend, sondern die Möglichkeit, diese Summe zu erwirtschaften. Es komme nicht darauf an, eine Prüfung unserer Wirtschaftslage vorzunehmen, sondern darauf, ob unsere Gegner ihre vertraglichen Verpflichtungen aus dem Youngplan erfüllen können oder nicht.

Auch die Begründung des Revisionsverlangens mit der sogenannten Goldklausel sei falsch. Dann hätte sie keine andere Konsequenz als eine zwangsprozentige Reduktion der Tributlasten, also wiederum eine rein formale Bifferfestsetzung, die von wirtschaftlichen Gesichtspunkten völlig abgeht. Das größte Hindernis für das Ingangsetzen der Tributrevision liegt in der Befürchtung vor den Folgen einer Zahlungseinstellung.

Dr. Schacht kann die Angst vor Kreditkündigungen, die in erster Linie befürchtet werden, nicht teilen, da das Wesen des Bankkredits nicht darin besteht, daß man ausgetriebenes Geld gerade dann immer zurückbekommt, wenn man es haben möchte, sondern in schlechten Zeiten auf die wirtschaftliche Abwicklung der Kredite ohne Furcht und dann auch ohne Verlust warten muß.

Auf die Furcht vor politischen Gewaltmaßnahmen gebe es nur zwei Antworten: 1. daß Gewalt kein Geld bringe, und 2. daß und gar keine Wahl darüber bleibt, ob wir die Tributzahlungen einstellen sollen oder nicht. Die Aufnahme neuer Auslandsanleihen zwecks Hinanderrückführung der Zahlungseinstellungs-Notwendigkeit, sei es von privater Seite, sei es von politischen Instanzen, muß unter allen Umständen abgelehnt werden, da sie lediglich der Verzögerung von Kredittributen auf einen weiteren kurzen Zeitraum dienen. Deutschland kann keinen Kredit nur ansprechen, wenn es diese aus einem Ueberfluß seiner Wirtschaft erörtern kann.

Dr. Schacht tritt auch der Ansicht entgegen, als ob Auslandsanleihen getrieben werden, die deutsche Wirtschaft anzufachen. Mit diesem ausländischen Geld könnten nur solche Länder wirtschaftlich angeordnet werden, die Waren aus dem Auslande in erster Linie Produktionsmittel, kaufen, um damit die heimische Produktion zu entwickeln.

Allen Angriffen auf das Revisionsverlangen müsse die Herabsetzung der Lebenshaltung unserer breiten Bevölkerung

Die englische Presse zur Ausdrache in Chequers.

London. „Financial Review“ sagt in einem Leitartikel zum bevorstehenden Besuch in Chequers, bei der Abfindung der Einladung sei wohl hauptsächlich an eine Aussprache über die Abrüstungsfrage gedacht worden. Aber inzwischen sei die Frage der Schuldentilgungen mehr in den Vordergrund gerückt, und die deutschen Gäste würden sicher den Premierminister auf die finanziellen Tatsachen hinweisen. Das Blatt erklärt: Wenn auch keine endgültige Entscheidung zu erwarten ist, so wird doch die Lage, in der sich Deutschland jetzt befindet, zweifellos sehr sorgfältig geprüft werden. „Financial Review“ gibt darauf eine ausführliche Uebersicht über die Bestimmungen des Youngplans und bemerkt: Der Plan enthält kein System für eine dauernde Revision der deutschen Verpflichtungen. Ein Zahlungsaufschub darf auf höchstens drei Jahre erfolgen. Eine der Hauptfragen, über die eine Entscheidung gefaßt werden muß, ist also, ob Deutschland eine dauernde Verminderung seiner Verpflichtungen zugelassen werden soll, weil entweder von vornherein ein Fehler bei der Abschätzung seiner Zahlungsfähigkeit begangen worden ist, oder weil die Lage sich hinterher durch den Preissturz verändert hat. Die zweite Frage ist, ob im Falle des Bestehens der Höhe der deutschen Verpflichtung eine Abänderung des Youngplans erforderlich ist, um einer zeitweiligen Schwäche zu begegnen, die nicht mit dem Transfer zusammenhängt oder mit der Beschaffung der Zahlungsmittel.